

Hintergrundpapier Krise des europäischen Emissionshandels – Warum ein moderater Eingriff dringend erforderlich ist

Der europäische Emissionshandel ist das Kernstück der europäischen Klimapolitik. Da die Preise für die Emissionszertifikate in den letzten Monaten stark gefallen sind und ohne einen Eingriff viele Jahre sehr niedrig sein werden, muss die Politik handeln, wenn die Europäische Union weiter aktiv Klimapolitik betreiben will und sich nicht entweder ganz davon verabschieden will oder dies den Mitgliedstaaten überlässt.

Bei Verabschiedung des reformierten Emissionshandels im Jahr 2008 ging man von einem Preis von **etwa 30 €** aus (siehe Folgeabschätzung der EU-Kommission). Zuletzt ist der Preis auf **unter 5 €** gefallen. Einige Analysten gehen davon aus, dass er auch auf 0 sinken wird, wenn die Politik nicht eingreift.



Quelle: Bloomberg

Anmerkung:

Die Aussagen dieses Papiers reflektieren nicht die Position der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Peter Liese spricht als Abgeordneter im Umweltausschuss und als Berichterstatter des Umweltausschusses zur

Wie funktioniert der europäische Emissionshandel?

Das Emissionshandelssystem soll **Unternehmen belohnen, die in klimafreundliche Technologien investieren** und deshalb weniger CO₂ emittieren. Unternehmen, die das Klima stark belasten, weil sie veraltete Technik einsetzen, müssen investieren oder sie werden durch die Pflicht Zertifikate zu kaufen, zur Kasse gebeten.

Der Emissionshandel ist ein marktwirtschaftliches System. Er kann Klimaschutz **zu wesentlich geringeren Kosten erreichen als etwa Ordnungsrecht**. Wenn alle Unternehmen die gleichen Standards einhalten müssen, führt das dazu, dass Unternehmen, die mehr tun könnten, dies nicht tun, weil sie dafür nicht belohnt werden und andere Unternehmen, die Investitionen nur zu hohen Kosten durchführen müssen, keinen Ausweg haben. Der Emissionshandel bietet die Möglichkeit, dass die Unternehmen kooperieren und der, der mehr leistet, durch den Verkauf von Zertifikaten an denjenigen profitiert, der zum gegebenen Zeitpunkt einen bestimmten Standard noch nicht erreichen kann. Der Emissionshandel wurde 2003 vom Europäischen Parlament und Ministerrat beschlossen und 2005 eingeführt. In der ersten Phase wurden die Zertifikate **fast ausschließlich kostenlos** zugeteilt. In der zweiten Phase von 2008 bis 2012 wurde in wenigen Ländern, darunter Deutschland, im Bereich der Stromerzeugung ein geringer Anteil der Zertifikate versteigert, alle anderen Zertifikate wurden kostenlos zugeteilt. Erst ab 2013 gilt der **reformierte Emissionshandel**. Im Stromsektor gilt eine hundertprozentige Versteigerung der Zertifikate. Im Bereich der Industrie gilt überwiegend das Prinzip des Benchmarks, d.h. Unternehmen die auf dem neuesten Stand der Technik sind, erhalten Zertifikate kostenlos. Alles was darüber hinaus gebraucht wird, bei Unternehmen die nicht auf dem neuesten Stand der Technik sind, muss ersteigert werden.

Warum ist der niedrige Preis ein Problem?

1. Klimafreundliche Investitionen werden nicht belohnt

Der Emissionshandel kann seinen Kernzweck auf viele Jahre nicht erfüllen. Nach Ansicht aller Experten ist ohne einen Eingriff kein signifikanter Anstieg des Preises zu erwarten.

Investoren, die mit Blick auf den europäischen Emissionshandel in klimafreundliche Technik investiert haben, **werden nicht belohnt, sondern bestraft**. Ihre Kalkulation ist hinfällig. Investitionen in klimafreundliche Technologien werden daher nicht erfolgen. Unternehmen, die bewusst auf klimafreundliche Technik verzichten, werden nicht bestraft sondern belohnt.

Unternehmen, die den Benchmark erfüllen, müssen ein Interesse an höheren Zertifikatpreisen haben, denn sie haben kostenlose Zertifikate erhalten, so zum Beispiel Thyssen-Krupp mit 114 Prozent (ein Überschuss von 8,967,829 Zertifikaten, Dies entspricht einem Wert von

352 Mio Euro)¹. Bei einem Anstieg des Zertifikatpreises steigt der Wert dieser Zertifikate. Wenn sie das Benchmark erfüllen, brauchen sie keine Zertifikate zu kaufen. Viele, die protestieren, haben also offensichtlich keine Anlagen auf dem neuesten Stand der Technik². Benchmarks sind eigentlich ein Vorteil für die deutsche Industrie da sie zumindest nach eigenen Angaben im Vergleich zur Industrie in Süd- und Osteuropa sehr effizient produziert.

2. Investitionen in Gaskraftwerke rechnen sich nicht. Dies gefährdet die Versorgungssicherheit der Energiewende in Deutschland.

Durch den sehr niedrigen CO₂ Preis rechnen sich Investitionen in Gaskraftwerke nicht. Unternehmen, die bereits in Gaskraftwerke investiert haben, können diese nicht wirtschaftlich betreiben. Neue Investitionen, die gerade in Deutschland extrem wichtig sind, können nicht stattfinden. Gaskraftwerke sind extrem wichtig, um die Schwankungen bei erneuerbaren Energien auszugleichen. Durch den geschlossenen Austritt aus der Kernenergie muss schnell eine Lösung gefunden werden. Auch wenn das Backloading alleine Gaskraftwerke nicht auf Dauer wirtschaftlich macht, so wäre es ein klares politisches Zeichen, dass der Emissionshandel gestärkt wird und die Investoren könnten Vertrauen in die europäische Politik gewinnen.

3. Durch Backloading sinkt die EEG Umlage

Ein großes Ärgernis für viele Bürger und mittelständische Unternehmen ist die hohe EEG-Umlage. Sie berechnet sich aus dem Unterschied zwischen dem Börsenstrompreis und der garantierten Einspeisevergütung für erneuerbare Energien. Es ist politischer Konsens in Deutschland, dass zur Stabilisierung der EEG Umlage, das heißt, um einen weiteren Anstieg zu verhindern (Strompreisbremse), auch die energieintensive Industrie ihren Beitrag leisten muss. Aus wirtschaftlicher und umweltpolitischer Sicht ist es aber problematisch, wenn dieser Beitrag nur auf nationaler Ebene verlangt wird. Eine Belastung nur der deutschen Industrie ist im Wettbewerb problematisch, eine Belastung der gesamten Europäischen Industrie im gleichen Sinne ist mit wesentlich weniger Problemen verbunden. Backloading würde den Börsenstrompreis anheben und die EEG Umlage reduzieren.

4. Einführung nationaler Maßnahmen führt zu verzerrtem Wettbewerb

Das Versagen des europäischen Emissionshandels führt dazu, dass die Mitgliedstaaten nationale Lösungen einführen. Großbritannien hat

¹ Quelle: Sandbag, BUND: Der Klimagoldesel 2013

² Ausnahmen bilden stromintensive Unternehmen wie etwa die Aluminiumproduktion. Hier gibt es in der Tat ein Problem, da nach den Beschlüssen der Europäischen Kommission nur 80 % der Kosten kompensiert werden, auch wenn das Benchmark erfüllt wird. Der Antrag 26 von Anja Weißgerber und Peter Liese im Umweltausschuss adressiert dieses Problem.

dies bereits beschlossen. Am 01.04.2013 wird ein sogenannter Floor price eingeführt. Norwegen, Teilnehmer am Emissionshandel, auch wenn nicht EU-Mitglied, hat ebenfalls eine nationale Steuer eingeführt. Ähnliche Maßnahmen werden in den Niederlanden und in Spanien diskutiert bzw. sind schon beschlossen. Nationale Maßnahmen verzerren den Binnenmarkt. Eine nationale Lösung in Deutschland würde die deutsche Industrie massiv treffen.

5. Einnahmen für wichtige Projekte fehlen

Die europäische Richtlinie fordert, dass die Einnahmen des Emissionshandels für Klimaschutzprojekte wie beispielsweise Energieeffizienz eingesetzt werden. In vielen Mitgliedstaaten ist dies umgesetzt. In Deutschland fließen sogar 100 % der Einnahmen in einen nationalen Energie- und Klimafonds. Es geht zum Beispiel um ein Programm zur Förderung von energieeffizienter Straßenbeleuchtung für die Kommunen, um die Gebäudesanierung oder die Förderung von Elektromobilität.

Durch die niedrigen Preise sind viele Maßnahmen bereits gekürzt worden. Einiges wurde aus dem allgemeinen Haushalt ausgeglichen, damit ist aber auf Dauer nicht zu rechnen. Den Mitgliedstaaten bleibt entweder die Aufnahme von zusätzlichen Schulden, was die EU massiv ablehnt, oder die Einführung von nationalen Steuern, die den Wettbewerb verzerren oder in der Streichung der Programme, was die Klimaziele der Mitgliedstaaten gefährdet und die betroffenen Wirtschaftssektoren stark schädigt. Daher ist die beste Lösung eine Stabilisierung des europäischen Emissionshandels.

6. Zielerreichung gefährdet

Entgegen häufig vorgetragener Behauptungen ist keineswegs garantiert, dass das 2020 Ziel auch bei nicht funktionierendem Emissionshandel auf jeden Fall erreicht wird.

Erstens bezieht sich der Emissionshandel auf zwei Perioden von 2008 bis 2012 und von 2013 bis 2020. Weniger erzeugte Emissionen im Jahr 2009 werden auf das Ziel im Jahr 2020 angerechnet, weil Periode 3 und Periode 2 miteinander verbunden sind. Es könnte also sein, dass die tatsächlichen Emissionen der EU in 2020 nicht 20 Prozent unter 1990 liegen sondern nur 17 Prozent. Bei internationalen Verhandlungen wird dies allerdings sehr schwer zu vermitteln sein. Zweitens sind im Emissionshandel nur 50 % der Emissionen erfasst. Die anderen 50 % werden von den Mitgliedstaaten durch nationale Aktionspläne erreicht, z.B. im Verkehr oder im Gebäudebereich. Die Kürzung der Zertifikatseinnahmen gefährdet hier also die Zielerreichung und entsprechende Projekte.

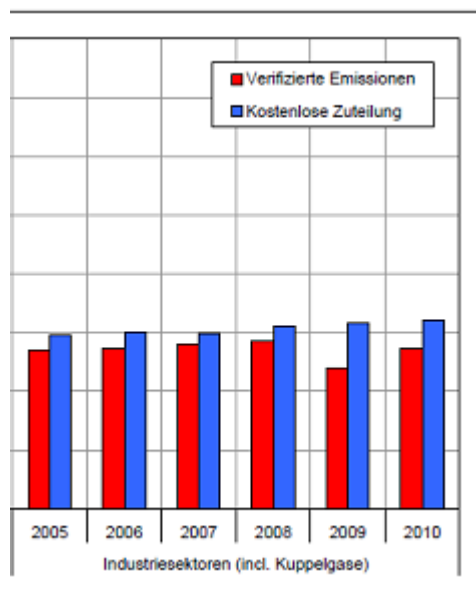
7. Langfristige Perspektive

Noch wichtiger ist die Perspektive über das Jahr 2020 hinaus. Wenn auch nach 2020 Klimapolitik betrieben werden soll - und um diese Frage geht es auch bei dem aktuellen Streit -, dann müssen sich die Unternehmen jetzt darauf vorbereiten.

Niedrige Preise führen aber zu Investitionen in klimaschädliche Technologien, die auf viele Jahre den Klimaschutz unmöglich oder sehr teuer machen. Im Blick auf 2030 wird es dann heißen: „Diese Ziele sind jetzt unrealistisch“. Etwas ähnliches haben wir im Bereich der CO₂-Grenzwerte für Pkws erlebt, wo zunächst eine freiwillige Vereinbarung unterschrieben wurde, diese nicht eingehalten wurde und anschließend gesagt wurde, wir brauchen mehr Zeit um die Ziele zu erreichen. Planungssicherheit für die Industrie ist notwendig und deswegen muss klar sein, dass man in Europa mit klimaschädlicher Technologie auf Dauer keinen Erfolg hat.

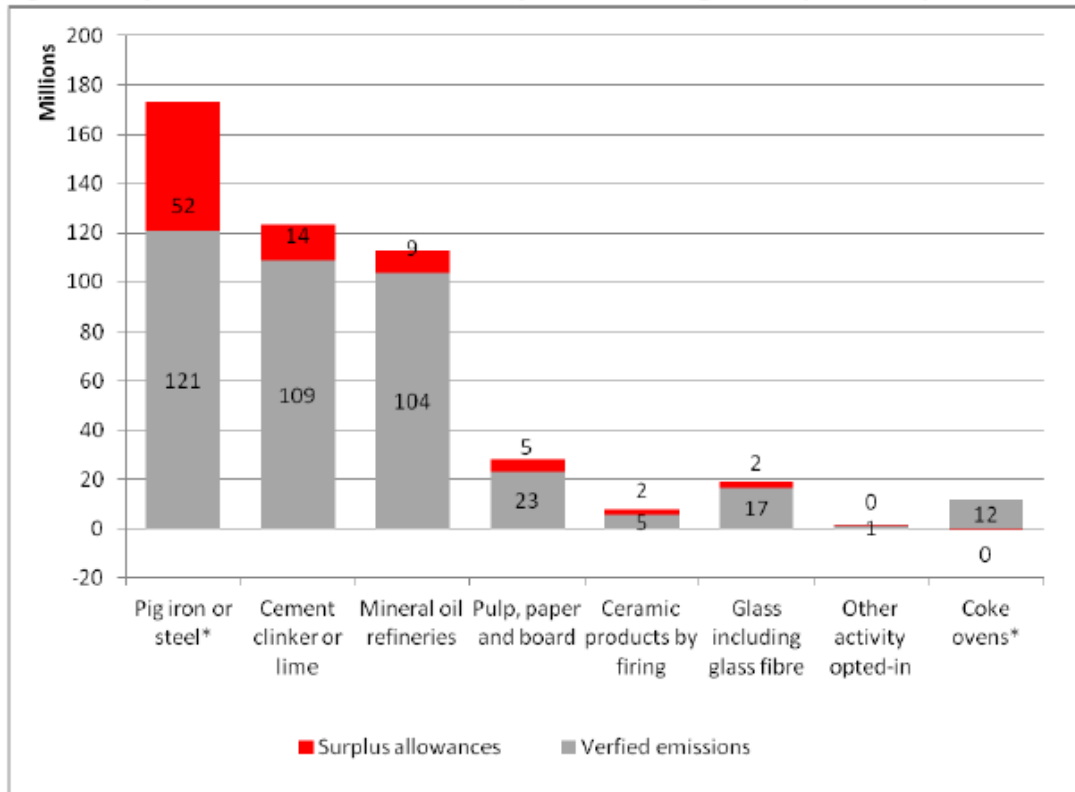
Gründe für die niedrigen Zertifikatspreise

1. Zu großzügige Verteilungen der Zertifikate durch die Mitgliedstaaten



Bis Ende letzten Jahres wurde der ganz überwiegende Teil der Zertifikate kostenlos zugeteilt. Dabei gingen die meisten Mitgliedstaaten extrem großzügig vor. In allen Jahren von 2005 bis 2010 überstieg die Zuteilung der Zertifikate an die Industriesektoren die tatsächlich benötigte Menge (Zahlen für 2012 liegen noch nicht vor).

Figure 3: Surplus carbon allowances in Germany's manufacturing sectors (2008-2011)



(*Surpluses have been adjusted for known waste gas transfers. Source EEA and Sandbag)

Schon in einer ersten Bewertung im Jahr 2007 kam der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages zu dem Schluss, dass deutlich zu viele Zertifikate ausgeteilt wurden. Bereits 2006 kam das Fraunhofer Institut zu der Bewertung, dass sowohl im Vereinigten Königreich als auch in den Niederlanden und Deutschland (diese Länder wurden untersucht) die Budgets für den Emissionshandelssektor zu hoch waren.

Der Ökonom Axel Ockenfels vom Energiewirtschaftlichen Institut an der Uni Köln sagte seinerzeit: "Der Emissionshandel begünstigt kurzfristig vor allen Dingen die europäischen Energieversorger. Sie bekommen vom Staat wertvolle Zertifikate geschenkt". Auch beim Übergang in Phase 2 (2008) gab es Kritik an der kostenlosen Zuteilung. Otto Steinmetz (Deutsche Bank) in einem Gastkommentar für die FTD: Die bisherigen Versuche, die CO₂-Belastung mithilfe handelbarer Emissionsrechte zu senken, sind zahnlos und teils kontraproduktiv. Die Zertifikate müssen künftig verknüpft und auktioniert werden.

Durch die kostenlose Zuteilung ergaben sich bei den Unternehmen der Europäischen Union große Zusatzgewinne.

(Bei Thyssen-Krupp waren es beispielsweise 352 Mio. €. Dieses Beispiel zeigt auch, dass nicht die europäische Umweltpolitik, sondern u.a. katastrophale Managementfehler für die Probleme verantwortlich sind. Thyssen-Krupp hat in den letzten Jahren Milliarden Verluste gemacht, obwohl es aus dem Emissionshandel keine Belastung sondern sogar einen Gewinn hatte).

Die Zertifikate die bis 2012 kostenlos zugeteilt wurden, können in den gesamten Folgejahren genutzt werden, d.h. es besteht kein Bedarf Zertifikate zu kaufen, auch wenn man nicht auf dem neuesten Stand der Technik ist.

2. **Die Wirtschaftskrise von 2009 und die anhaltende wirtschaftliche Schwäche, vor allem in Südeuropa**

In 2009 gab es in fast ganz Europa einen Produktionseinbruch. Die Zertifikate, die in dieser Zeit nicht verwendet wurden, können noch in den nächsten Jahren ohne Einschränkung verwendet werden. Die Wirtschaftskrise war ein einmaliger Einbruch, der einzigartig seit dem Zweiten Weltkrieg war, und wir müssen alles tun, um die Wiederholung einer solchen Störung zu verhindern. Daher sollte man vorsichtig sein mit dem Argument, eine solche Situation könnte immer wieder vorkommen.

3. **CDM-Zertifikate**

Die CDM-Zertifikate, dh Zertifikate, bei denen Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern angerechnet werden, haben eine größere Rolle als erwartet gespielt.

Darüber hinaus hatte der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien (das war nur in Deutschland zu bemerken) und Maßnahmen zur Energieeffizienz einen kleinen, fast vernachlässigbaren Effekt.

Führt ein Eingriff in den Emissionshandel nicht zu einem Exodus der Industrie aus der EU in Drittländer?

Das Europäische Parlament und ich persönlich haben stets größten Wert darauf gelegt, dass der Emissionshandel nicht zur Abwanderung von Unternehmen führen darf. Genau aus diesem Grund wurden die **Benchmarks** eingeführt. **Unternehmen die sich daran halten, d.h. auf dem neusten Stand der Technik produzieren, werden von einem Backloading nicht belastet sondern sie profitieren.** Die Benchmarks sind entwickelt worden in der Annahme, dass der CO₂-Preis 30 € beträgt. Der Effekt eines Backloadings wird den Preis maximal auf 8 oder 9 Euro bringen, d.h. einen Bruchteil dessen, was man erwartet hat. Daher ist eine Betriebsverlagerung aus diesem Grund keinesfalls zu erwarten. Eine Ausnahme bildet die stromintensive Industrie (siehe Anmerkung auf Seite 2), hier ist eine Korrektur notwendig.

Führt ein Eingriff in den Emissionshandel nicht zu unverträglichen Belastungen beim Strompreis?

Der Emissionshandel ist ein sehr kostengünstiges Instrument zum Klimaschutz. Ein Problem bestand allerdings darin, dass die Unternehmen die kostenlos zugeteilten Zertifikate trotzdem auf den Strompreis aufgeschlagen haben. Das neue System von Auktionierung und Benchmarks verhindert diesen Effekt. Zusätzliche Kosten im Vergleich zu den letzten Jahren sind nicht begründet. Der Börsenpreis an den europäischen Strombörsen ist in den letzten Jahren gesunken. Im Vergleich zu anderen Klimaschutzinstrumenten ist der Emissionshandel konkurrenzlos günstig. **Die Belastungen des deutschen Stromzählers durch das EEG betragen ein Zwanzigfaches der**

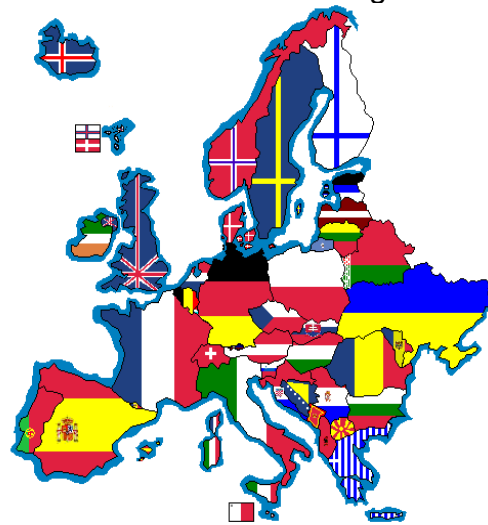
Belastungen durch das ETS. Wichtig ist, dass wir europäische Lösungen finden. Nationale Lösungen sind für den Verbraucher auf jeden Fall teurer und verzerren den Wettbewerb.

Für den durchschnittlichen Stromkunden und den Mittelstand in Deutschland würde das Backloading keine zusätzliche Belastung bringen, da die EEG-Umlage sinkt. Wie auf Seite 3 beschrieben gleicht die EEG-Umlage den Unterschied von Börsenstrompreis und der garantierten Einspeisevergütung aus. **Wenn durch Backloading der Börsenstrompreis steigt, sinkt die EEG-Umlage.**

Mit EU-ETS



Mit 27 nationalen Lösungen



Position des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament hat sich **mehrfach für einen Eingriff in den Emissionshandel ausgesprochen**. Am 15.3.2012 nahmen die Abgeordneten mit überwältigender Mehrheit (398:132) eine Resolution zur langfristigen Klimastrategie an. Teil der Resolution war auch eine Passage zur Revision des Emissionshandels, die auf den Antrag von Christdemokraten und Liberalen angenommen wurde. Weitergehende Forderungen von Linken und Grünen wurden zurückgewiesen, trotzdem war der Bericht eindeutig. Wörtliches Zitat aus dem Bericht:

24. ist sich bewusst, dass beim EHS Probleme aufgetreten sind, die ursprünglich nicht absehbar waren, und dass der wachsende Überschuss an Zertifikaten den Anreiz für die Förderung von Investitionen in CO₂-arme Technologien noch für viele Jahre mindern wird; stellt fest, dass dadurch die Wirksamkeit des EHS als wichtigster Mechanismus gefährdet wird, über den die EU verfügt, fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu treffen, um die Mängel des EHS zu beheben und ein Funktionieren des EHS in der ursprünglich vorgesehenen Weise zu ermöglichen.

Bereits am 28.2.2012 hatten sich Vertreter des Industrie- und des Umweltausschusses auf einen Kompromisstext zur Energieeffizienzrichtlinie geeinigt in dem es heißt:

"As soon as possible but no later than the date of entry into force of this directive, the Commission shall present a report to Parliament and Council. This report shall examine, amongst others, the impacts on incentives for investments in low carbon technologies and the risk of carbon leakage. Before the start of the third phase, the Commission shall, if appropriate, amend the regulation referred to in article 10 (4) of Directive 2003/87/EC in order to implement appropriate measures which may include withholding of the necessary amount of allowances".

Im Verlauf der Verhandlungen mit dem Rat zeigte sich, dass diese Forderung nicht übernommen werden konnte, aber eine Erklärung der Kommission beschreibt präzise das Vorgehen:

3. In relation to Art. 19 (5), the Commission can put forward the following draft declaration:

In the light of the need to maintain the incentives in the EU's Emissions Trading System the Commission undertakes:

to urgently present the first report pursuant to Article 10 (5) of Directive 2003/87/EC on the carbon market accompanied by a review of the auction time profile of phase 3

to examine in this report options, including among others permanent withholding of the necessary amount of allowances, for action with a view to adopting as soon as possible further appropriate structural measures to strengthen the ETS during phase 3, and make it more effective.

Diese Erklärung war Teil des Kompromisses zur Energieeffizienzrichtlinie und wurde nicht nur vom Industrieausschuss sondern vom Plenum angenommen. Positionen aus dem Europäischen Parlament, man solle in den europäischen Emissionshandel überhaupt nicht eingreifen, sind daher nicht mit der bisherigen Beschlussfassung kohärent. Sie wirken auch deshalb nicht sehr überzeugend, weil der Preis seit dieser Beschlussfassung noch einmal um mehr als die Hälfte gefallen ist.

Vorschlag der Kommission

Nach heftigen internen Debatten hat die Europäische Kommission am 25. Juli 2012 einen **Vorschlag für eine Klarstellung der Emissionshandelsrichtlinie** vorgelegt. Bis zu dem Zeitpunkt ging man davon aus, dass ein zeitweiliges Herausnehmen der Zertifikate (backloading) ohne Mitentscheidungsverfahren im Komitologieverfahren, d.h. von Experten aus den Mitgliedstaaten und der Kommission, bei Vetorecht des Parlamentes, möglich ist. Innerhalb der Kommission wurde dies jedoch bestritten. Ein Rechtsgutachten der energieintensiven Industrie hat hier wohl seine Wirkung getan. Die Kommission hat daher einen **Mitentscheidungs-vorschlag** gemacht, der im Wesentlichen aus einem Satz besteht, sogenannter Klarstellungsvorschlag (englisch: clarifications proposal).

Dieser lautet:

In Artikel 10 Absatz 4 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2003/87/EG wird folgender Satz angefügt:

„Die Kommission passt den Zeitplan gegebenenfalls für jeden Zeitraum an, um das ordnungsgemäße Funktionieren des Marktes sicherzustellen.“

Im November hat die Kommission dann einen Vorschlag gemacht, der falls der Mitentscheidungs-vorschlag angenommen wird, im Komitologieverfahren angenommen wird. Es sollen 900 Mio. Zertifikate zeitweilig aus dem Markt genommen werden. Diese Zahl bleibt deutlich unter den Forderungen von Umweltorganisationen und den Grünen. Wegen der begrenzten Menge, wird sich der Preis nur moderat erhöhen. Der Vorschlag der Kommission ist ein Kompromiss zwischen sehr viel weitergehenden Forderungen von Umweltverbänden und Teilen der Wirtschaft und der ablehnenden Haltung anderer Unternehmen. Vielen geht er nicht weit genug. Gleichzeitig legte die Kommission den sogenannten Carbon Market Report vor, welcher Optionen für langfristige strukturelle Lösungen des Problems aufzeigt. Die Kommission hat damit zu 100 Prozent ihre Verpflichtungen gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit erfüllt.

Kritik, die besagt, die Kommission hätte kein ganzheitliches Konzept und Backloading wäre ohnehin ineffizient, ist daher meiner Ansicht nach unfair oder beruht auf nicht vollständiger Information.

Der Vorschlag der Kommission ist sehr moderat. Extreme Forderungen, die von Umweltverbänden und Teilen der Wirtschaft erhoben wurden, sind von der Kommission nicht übernommen worden. Die Kommission reagiert auf Drängen des Europäischen Parlaments. Eine Ablehnung des Vorschlags würde daher auch die Glaubwürdigkeit des Parlaments schwer beschädigen.

Viele Argumente, die gegen den Vorschlag der Kommission zum Backloading eingebracht werden, halten aus meiner Sicht einer seriösen Prüfung nicht stand. Unternehmen, die auf dem neusten Stand der Technik sind und bei den direkten Emissionen von einem Benchmark profitieren, müssten eigentlich dafür sein. Insbesondere stellt sich die Frage, wie wir langfristig die Klimaziele erreichen können, wenn über viele Jahre hinweg kein Anreiz in klimafreundliche Investitionen besteht und die Mitgliedstaaten

die eingeplanten Mittel nicht erhalten. Es geht daher nicht nur um eine technische Frage sondern um eine Grundsatzfrage der europäischen Klimapolitik.

Wollen wir resignieren und die Hände in den Schoss legen oder wollen wir weiterhin Klimaschutz betreiben? Will Europa dieses Thema gemeinsam anpacken oder soll jeder Mitgliedstaat für sich werkeln mit allen Nachteilen für Bürger und Industrie?

1. Abstimmung im Plenum:

Am Dienstag, 16.4., hat das Europäische Parlament mit knapper Mehrheit (334:315) einen Änderungsantrag angenommen, der die Ablehnung des Kommissionsvorschlags zum Backloading vorsieht. Gleichzeitig wurde der Bericht des Berichterstatters zurück an den Umwelt-Ausschuss verwiesen.

Erste Marktreaktion nach Bekanntwerden der Ablehnung:



Kompromiss für zweiten Anlauf im Plenum:

Gegenüber dem Kommissionsvorschlag hat das EU-Parlament drei wesentliche Änderungen beschlossen: Zum einen gibt es eine Folgeabschätzung für die Verlagerung bedrohten Sektoren. Zweitens ist die Anzahl der aus dem Markt zu nehmenden Zertifikate auf 900 Millionen begrenzt, und drittens darf der Eingriff nur einmalig erfolgen. Weitere Verbesserungen, die im Umweltausschuss angenommen wurden, wurden im Plenum nicht angenommen, weil die EVP-Fraktion am Tag vor der Abstimmung im Plenum beschlossen hat, den Kompromiss aus dem Umweltausschuss nicht länger mitzutragen. Dadurch wurde eine schärfere Version angenommen als im Umweltausschuss. Ich bin dennoch sehr froh, dass es uns gelungen ist, einen positiven Beschluss zu fassen. Unser Emissionshandel hat sich in den letzten Jahren zum Exportschlager entwickelt. Viele Regionen der Welt wie Australien, Neuseeland und Kalifornien haben ihn bereits eingeführt. Andere Länder wie China und Südkorea planen dies. Zuletzt war die Glaubwürdigkeit unseres Systems in Frage gestellt. Wir haben jetzt einen ersten Schritt zur umfassenden Reform

gemacht, weitere müssen folgen. Für Normalverbraucher und Mittelstand ändert sich durch den Eingriff nichts, denn in Deutschland sinkt die EEG-Umlage bei steigendem Zertifikatspreis. Auch für die Industrie ist es besser, wenn wir europäisch handeln, als wenn sie teuren nationalen Regelungen ausgesetzt wird.

Letzter Stand:

Nachdem das Parlament den Kompromiss angenommen hat, hat sich im November 2013 der Rat darauf geeinigt, den Parlamentstext ebenfalls anzunehmen. **Die Große Koalition unterstützt das Backloading ebenfalls.** Die Einigung zwischen Rat und Parlament, die dem Europäischen Parlament im Dezember 2013 vorlag, war 1:1 der Parlamentsbeschluss von Juli 2013. Das heißt, der Rat hat alle Änderungen akzeptiert. Nur Polen und Zypern haben dagegen gestimmt. Das Parlament hat diesem Kompromiss zugestimmt. Nun muss in weiteren Schritten mit strukturellen Maßnahmen die „vollständige Genesung“ des EU-Emissionshandels angegangen werden.

Einige Stimmen zur Stärkung des Emissionshandels:

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

„Die Europäische Union hat ja mit ihrem CO2-Zertifikatesystem auch eine Pilotfunktion (...). Die Zertifikatepreise sind aber im Augenblick nicht so hoch, wie wir uns das gedacht haben. (...) Aber daran werden wir auch weiter arbeiten.“

Rede anlässlich des Petersberger Klimadialoges, 16.07.2012, Berlin

www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2012/07/2012-07-16-merkel-klimadialog.html?nn=391814

Energiekommissar Günter Oettinger:

„Oettinger sagte, er unterstütze den als "backloading" bezeichneten Plan voll und ganz. (...) „Ich persönlich glaube (...) nicht, dass durch Backloading der CO2-Preis astronomisch in die Höhe gehen wird.““

Märkische Allgemeine Zeitung, 16.07.2012

www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12499962/5934832/Oettinger-fordert-Fokus-der-EUEnergiepolitik-auf-Bezahlbarkeit.html

ETUC (European Trade Union Confederation):

"European intervention is urgently needed to ensure a strong carbon price signal".

http://www.etuc.org/IMG/pdf/EN-ETUC-position-towards-Qatar-Cop18_2_.pdf

Hans ten Berge, Secretary General EURELECTRIC:

“The back-loading can provide a vital signal to the carbon market - and also to international observers - that the EU is committed to a long-term strategy of driving carbon reduction through a strong ETS.”

19 February 2013, <http://www.eurelectric.org/news/2013/power-sector-welcomes-parliamentenvironment-committee%E2%80%99s-%E2%80%98back-loading%E2%80%99-approval/>

Mark Lewis, climate market analyst Deutsche Bank:

“I am getting regular phone calls from Chinese electricity companies watching the backloading crisis in Europe. This is not invisible. We are saying, 'have confidence in carbon markets,' but we aren't going to do anything about confidence in our own climate market.”

Spiegel Online, 25.01.2013

www.spiegel.de/international/europe/drop-in-carbon-price-underscores-disastrous-week-for-carbontrading-a-879769.html

Prälat Dr Bernhard Felmberg & Prälat Dr. Karl Jüsten , Kommissariat der deutschen Bischöfe:

Eine Korrektur der politischen Rahmenbedingungen erscheint uns unbedingt nötig, damit das europäische Emissionshandelssystem seine ursprünglich beabsichtigte Wirkung entfalten kann.

Cornelia Füllkrug-Weitzel, Brot für die Welt, Präsidentin und Pirmin Spiegel, Misereor, Geschäftsführer:

„Eine Zustimmung der EU-Parlamentarier zur Reparatur des Emissionshandels wäre ein dringend notwendiger Schritt, das Vertrauen in die klimapolitische Handlungsfähigkeit Europas zu erneuern – bei den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Regierungen innerhalb und außerhalb der EU“.